

Afghanistan: „Totenacker der Imperien“

Von Helga Zepp-LaRouche,
Bundesvorsitzende der Bürgerrechtsbewegung Solidarität

Bitte vervielfältigen
und weitergeben!

Es gibt keinen einzigen Grund, warum auch nur ein einziger Bundeswehrsoldat auch nur einen Tag länger in Afghanistan eingesetzt bleiben sollte. Denn dieser Krieg, der überhaupt nie hätte angefangen werden dürfen und von dessen angeblichen Kriegszielen nach neun langen Jahren niemand mehr spricht, ist nichts weiter als eine Falle für 42 der 43 am Einsatz beteiligten Nationen - ein Konflikt, der nicht zuletzt dazu dient, den dritten Opiumkrieg des britischen Empires zu unterstützen.

Der Krieg in Afghanistan muß im Kontext der seit 1839 andauernden Serie von Afghanistan- und Südwestasienkriegen gesehen werden, die das Britische Empire im Rahmen des „großen Spiels“ in dieser Region angezettelt hat - von der britischen Manipulation der Jungtürken über das imperiale anglofranzösische Sykes-Picot-Abkommen bis zum gegenwärtigen Krieg in Afghanistan, der zur Zeit der Carter-Administration von Zbigniew Brzezinski zusammen mit dem Vereinigten Königreich lanciert wurde.

Zum jetzigen Zeitpunkt, an dem nur Träumer nicht erkennen, daß das globale Finanzsystem zusammenbricht, ist der Krieg in Afghanistan, mit all den Schrecklichkeiten, die in den über 90.000 veröffentlichten Geheimdokumenten noch einmal bestätigt wurden, trotzdem nur ein Nebenschauplatz der strategischen Lage. Der Hauptkampf, von dem auch der weitere Verlauf der Dinge in Afghanistan abhängen wird, findet in den USA statt.

Die alles entscheidende Frage ist, ob es den patriotischen Kräften in Amerika rechtzeitig gelingt, Präsident Obama samt seiner anglophilen Politik aus dem Amt zu drängen. Denn der in der Geschichte der US-Präsidenten beispiellose Absturz Obamas in den Umfragen von 74% Zustimmung beim Amtsantritt auf jetzt gerade noch 10% beruht auf der Einsicht in der Bevölkerung, daß Obama sich noch weniger um das Gemeinwohl kümmert als sein verhaßter Vorgänger Bush. Tiefe Ernüchterung und Enttäuschung folgte auf die allgemeine Erkenntnis, daß Obama im Zweifelsfalle immer die britischen Interessen voranstellt. Er hat sich für die absolute Mehrheit der Amerikaner als die größte Mogelpackung aller Zeiten herausgestellt.

So überließ er während der größten Umweltkatastrophe im Golf von Mexiko British Petroleum drei Monate lang die Verantwortung, anstatt seine eigene Verantwortung als Präsident wahrzunehmen und Armee, Staatsanwaltschaft und internationale Expertenteams einzusetzen. Desglei-

chen setzte er die Politik der Rettungspakete für die Banken - und damit des von London und der Wall Street dominierten Finanzsystems - fort, während gleichzeitig gegenüber der Bevölkerung brutalste Sparpolitik und Kürzungen des Lebensstandards durchgesetzt werden. Und so ist letztlich auch die Verstärkung der US-Truppen in Afghanistan eine Unterstützung für die Opiumproduktion und den Opiumhandel, die in einer britisch kontrollierten Provinz Afghanistans ihren primären Ursprung haben.

Inzwischen ist die Existenzkrise der USA, in der die Bundesstaaten, die Städte und Gemeinden ihre ureigensten Aufgaben für das Gemeinwohl nicht mehr wahrnehmen können und täglich Polizisten, Feuerwehrlaute und Mitarbeiter von Notdiensten entlassen müssen, an einem absoluten Krisenpunkt angekommen. Eine große Zahl führender Persönlichkeiten stimmt Lyndon LaRouche zu, daß die USA als Nation nicht überleben werden, falls Obama über den Herbst hinaus im Amt bleibt. Mit der Androhung eines Impeachment-Verfahrens, für das es mehrere gute Gründe gibt, könnte er nach dem Beispiel Nixons dazu gedrängt werden, selber zurückzutreten.

Von der Frage, ob sich in den USA die Interessen des britischen Empire in Form der von London und der Wall Street dominierten Hochrisiko-Spekulation oder die patriotischen Kräfte in der Tradition Franklin D. Roosevelts durchsetzen, hängt nicht nur das Schicksal Amerikas ab. Wenn die USA in einer Systemkrise kollabieren, würde das auch die Eurozone und anschließend den Rest der Welt in ein finsternes Zeitalter stürzen lassen. Umgekehrt, wenn Obama zum Rücktritt überredet werden kann und sich eine überparteiliche Mehrheit auf die Wiedereinführung des Glass-Steagall-Standards, eines Trennbankensystems, verständigt, wofür es weitreichende Vorbereitungen gibt, dann können durch eine solche positive Signalwirkung auch in Kontinentaleuropa die dringend notwendigen Reformen des Finanzsystems durchgeführt werden.

Im Kontext dieser alles entscheidenden Schlacht in den USA ist der Afghanistankrieg nur ein Prädikat. Das Problem ist nur, daß die Bundeswehr in diesen aussichtslosen langen und schmutzigen Krieg hineingezogen wurde und die Soldaten nicht nur täglich ihr Leben riskieren, sondern die allermeisten dadurch völlig traumatisiert zurückkommen und aus ihrer Lebensperspektive geworfen werden. Dieser Zustand muß auf der Stelle beendet und die Bundeswehr sofort abgezogen werden.

BüSo
Bürgerrechtsbewegung
Solidarität

Bundesgeschäftsstelle: 06131-237384
Baden-Württemberg: 0711-6773726
Niedersachsen: 0163-7774034
Hamburg: 040-18200658
Sachsen: 0351-4278140
Bayern: 089-7254011

Berlin: 030-8023405
NRW: 0201-3619753

bueso.de

KRIEG DEM RAUSCHGIFT!

Wie in dem vorliegenden Weißbuch dokumentiert wird, kann dieser Krieg nicht zuletzt deswegen nicht gewonnen werden, weil seine Kriegsziele falsch definiert sind. Der Afghanistankrieg ist kein „normaler“ Krieg, sondern die alles entscheidende Frage bei diesem Krieg ist der Anbau von Cannabis und Opium, der rund 90% (!) des weltweiten Heroinkonsums abdeckt. Die Einnahmen aus diesem Drogenanbau und -handel sind nicht nur die Haupteinnahmequellen der Taliban, sondern auch der diversen Terrornetzwerke, die in der ganzen Region, einschließlich Zentralasiens, operieren. Laut UNO sterben jährlich 100.000 Menschen allein an den Folgen des Konsums von Heroin aus Afghanistan, und nach Angaben des Chefs der russischen Drogenbekämpfungsbehörde (FDCS), Viktor Iwanow, 40.000 Menschen allein in Rußland.

Rußland hat den von Afghanistan ausgehenden Drogenhandel als das größte nationale Sicherheitsproblem bezeichnet und die USA und die NATO beschuldigt, nicht gegen die Drogennetzwerke vorzugehen. Aber auch für China und vor allem die Provinz Xinjiang, durch die die Drogenrouten führen, für Pakistan, den Iran und weitere Länder in der Region ist die wachsende Drogenabhängigkeit der Bevölkerung ein gigantisches Problem. Es ist durchaus gerechtfertigt, von einem dritten Opiumkrieg vor allem gegen Rußland und China, aber natürlich auch gegen den Rest der Welt zu sprechen.

Die Drogenhändler, zu denen auch der in Kandahar lebende Halbbruder von Präsident Karsai gehört, sind mit dem organisierten Verbrechen in Pakistan, Zentralasien und Rußland verbunden. Das aus dem Drogenhandel stammende Geld fließt über Dubai, Karatschi und Mumbai in das westliche Bankensystem und stellte nach Aussagen des Leiters der UN-Drogenbekämpfungsbehörde Costa nach Ausbruch der Finanzkrise zeitweise die wichtigste Liquiditätsquelle für Problembanken dar. Man muß also die Verwendung von Drogengeldern als ein weiteres kriminelles Element in einem Finanzsystem sehen, das von kriminellen Machenschaften nur so strotzt.

Es scheint beinahe in Vergessenheit geraten zu sein, daß einer der ursprünglichen Gründe für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan das sogenannte „nation-building“ - die Entwicklung der Nation durch große Aufbauprojekte - war. Das hat nicht stattgefunden; im Gegenteil, der Einfluß der Taliban ist größer denn je, und die deutschen Soldaten werden von der Bevölkerung längst nicht mehr als Helfer beim Aufbau des Landes, sondern als Teil der NATO- und

US-Truppen und als Besatzungsmacht wahrgenommen.

Darüber hinaus hat sich dieser lange Krieg, den der frühere US-Präsident Bill Clinton zu recht mit dem Vietnamkrieg verglichen hat, für Deutschland inzwischen zu einem wahren Grab von Steuergeldern erwiesen. Das *Manager Magazin* berichtet unter Verweis auf eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), daß der Bundeswehreinsatz in Afghanistan den deutschen Steuerzahler pro Jahr nicht eine, wie offiziell behauptet, sondern drei Milliarden Euro kostet und bisher insgesamt rund 36 Milliarden Euro gekostet hat. Dafür hätte man eine Transrapidstrecke von München nach Hamburg und von Hamburg nach Berlin bauen können.

Die Ankündigungen, daß die USA 2011 mit dem Truppenabzug beginnen und Afghanistan ab 2014 selber für seine Sicherheitsangelegenheiten sorgen soll, hat zudem dazu geführt, daß die Bevölkerung sich mit denen arrangiert, von denen sie weiß, daß sie im Unterschied zu den ausländischen Besatzungstruppen dauerhaft vor Ort bleiben werden - den Taliban.

Der sofortige Abzug der Bundeswehr und aller Hilfsorganisationen bedeutet nicht, daß man das afghanische Volk seinem Schicksal überlassen muß. Die einzig realistische Chance für einen wirklichen Wirtschaftsaufbau liegt allerdings in der Verwirklichung eines Gesamtentwicklungsplans für die ganze Region, wie es nur im Rahmen des Ausbaus der Eurasischen Landbrücke möglich sein wird. Nur wenn sich die Politik der USA grundlegend ändert, wenn sie, statt endlose Rettungspakete für die Banken aufzulegen, den realwirtschaftlichen Aufbau im eigenen Land in Angriff nimmt und mit Rußland, China, Indien und anderen Staaten Eurasiens wirtschaftlich kooperiert, gibt es Hoffnung für Afghanistan. Den Bauern, die jetzt unter der Kontrolle der Taliban und Drogenbarone Drogen anbauen, muß eine wirkliche Alternative für einen Wechsel zum Anbau von Lebensmitteln geboten werden.

Wie gesagt, die Entscheidungsschlacht, nicht nur für Afghanistan, sondern auch für den Rest der Welt, wird in den nächsten Wochen und Monaten in den USA geschlagen. Wenn es gelingt, die USA zu den Wurzeln der Amerikanischen Revolution und damit zum Kampf gegen das Britische Empire zurückzuführen, kann die Welt selbst aus dem jetzigen desolaten Zustand herausgeführt und auf einem glücklicheren Weg gebracht werden.

Falls dies unmöglich sein sollte, dann wird nicht nur Afghanistan zum „graveyard of empires“, zum Todesacker der Imperien, dann wird es die ganze Welt.

Imperium Britannicum delenda est!

Seien Sie dabei, unterstützen Sie die Aktivitäten der BüSo!

Senden Sie diesen Coupon an die Bürgerrechtsbewegung Solidarität - Postfach 22 11 28 - 55050 Mainz

- Ja, ich möchte mich über die Arbeit der BüSo informieren. Bitte kontaktieren Sie mich.
- Ja, ich will die Arbeit der BüSo durch Spenden unterstützen:
Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Postbank Ludwigshafen, BLZ: 545 100 67, Kto.Nr.: 166 027 676
- Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung *Neue Solidarität* vier Wochen lang kostenlos zum Kennenlernen.

Name, Vorname: _____ PLZ, Ort: _____

Straße, Hausnummer: _____ Telefon: _____

Datum, Unterschrift: _____ E-mail: _____